

FDP | 09.08.2017 - 16:15

Besuchsrecht ist nicht verhandelbar



Abgeordnete des Deutschen Bundestags müssen grundsätzlich Zugang zu im Ausland stationierten Soldaten haben, verdeutlicht FDP-Generalsekretärin Nicola Beer. "Dieses Besuchsrecht ist nicht verhandelbar", unterstreicht sie. Daran ändere auch [der von der NATO organisierte Besuch](#) [1] deutscher Parlamentarier am türkischen Stützpunkt Konya nichts. Die geplante Reise sei kein Beitrag zur Lösung des nach wie vor bestehenden Konflikts mit der Erdogan-Türkei: "Denn eine Schwalbe macht noch keinen Sommer – auch nicht in Konya."

Für eine Wiederannäherung mit der Türkei müsste der Machthaber Erdogan eine 180-Grad-Wende bei Demokratie, Menschenrechten und Pressefreiheit vollziehen, stellt die FDP-Generalsekretärin klar. "So ist es unabdingbar, dass inhaftierte Journalisten und Menschenrechtler wie [Yücel](#) [2] und [Steuertner](#) [3] freigelassen werden", sagt sie mit Blick auf [die neun deutschen Staatsbürger](#) [4], die derzeit aus politischen Gründen in türkischer Haft sind.

"Es darf nicht hingenommen werden, dass ein Journalist ins Gefängnis kommt, bloß weil er seine Arbeit macht." <https://t.co/koyO5dF1gZ> [5]

— ZEIT ONLINE (@zeitonline) [5. August 2017](#) [6]

Links

- [1] <http://www.zeit.de/politik/2017-08/konya-luftwaffenstuetzpunkt-tuerkei-bundestagsabgeordnete-nato>
[2] <https://www.liberale.de/content/yuecels-inhaftierung-muss-folgen-fuer-erdogan-haben> [3]
<https://www.liberale.de/content/tuerkische-untersuchungshaft-fuer-steudtner> [4]
<http://www.sueddeutsche.de/politik/menschenrechte-aus-politischen-gruenden-1.3598349> [5]
<https://t.co/koyO5dF1gZ> [6] <https://twitter.com/zeitonline/status/893680567190990848>